EP-FH-01-899

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	13.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 899 bis 901 einfügen:
Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen und andere Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sollen bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns energisch entgegen: mit Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz, einer Förderung von Faktencheck-Plattformen, einer Ausweitung von Gegendarstellungsrechten in den Mitgliedsstaaten und einer Europäischen Zentrale für politische Bildung. Wir prüfen eine mögliche Aufnahme von systematischer Desinformation in den Katalog der EU-Straftaten. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten,

Begründung

Desinformation und entsprechende Kampagnen sind eine der größten strukturellen Gefahren für unsere demokratische Grundordnung in Europa. Wenn wir uns nicht mehr darauf einigen können, was Realität ist, wird ein gemeinsamer sachlicher Diskurs zunehmend unmöglich.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Thema zum ersten Mal in einem überregionalen GRÜNEN Wahlprogramm an so vielen Stellen Erwähnung findet. Und wollen hierbei auch die vielfältigen und erfolgreichen politischen Initiativen unserer Europaabgeordneten loben.

Allerdings taucht Desinformation vor allem in den analytischen Passagen auf. Die Haltung wird klar, die konkreten Antworten und Instrumente bleiben im Ungefähren. Deshalb möchten wir hier einen Satz einschieben, der u.a. Punkte aus dem NRW-Landtagswahlprogramm aufgreift und konkretere Ansätze nennt. Zusätzlich wollen wir nicht nur Hassrede (wie schon im vorliegenden Entwurf vorgeschlagen) sondern möglicherweise auch Desinformation in den Katalog der EU-Straftaten aufnehmen. Wir haben das bewusst erstmal als Prüfauftrag formuliert und auf systematische Desinformation eingegrenzt, weil wir der GRÜNEN Europafraktion hier auch die nötige "Beinfreiheit" geben wollen.

Zudem haben wir den Einleitungssatz erweitert, denn Desinformationskampagnen versuchen keinesfalls nur Wahlen zu beeinflussen, auch Volksabstimmungen (z.B. zum BREXIT) und andere Meinungsbildungsprozesse sind im Visier solcher Kampagnen. Noch grundsätzlicher ist die Gefahr, dass das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen unterminiert wird. Das ist schwerer zu messen und weniger plakativ als ein offensichtlich manipuliertes Wahlergebnis, aber langfristig noch zerstörerischer für die Demokratie in Europa.